

L1neu Auf die Inhalte kommt es an!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3 Leitantrag und Aussprache

1 Wahlausgang

2 Bei der Bundestagswahl konnten wir unsere Wahlziele 6% + X sowie das zweite
3 Mandat nicht erreichen. Wir waren stark vom Bundestrend abhängig: Nur vier
4 Landesverbände konnten nennenswert zulegen, die meisten haben ihr Ergebnis
5 ungefähr gehalten, während Ostdeutschland insgesamt sogar verloren hat. Während
6 die anderen ostdeutschen Flächenländer bei den absoluten Zweitstimmen allesamt
7 auf der Stelle traten bzw. Thüringen sogar starke Verluste verzeichnete, konnten
8 wir unsere absolute Stimmzahl um 15 Prozent auf knapp 75.000 steigern. Das
9 zeigt einerseits, dass wir als Landesverband in einem schwierigen Umfeld ein
10 relativ gutes Ergebnis erzielen konnten. Andererseits zeigt es angesichts von
11 fast 85.000 Stimmen bei der Bundestagswahl 2009, dass wir mehr erreichen können
12 und gerade bei den aktuell zu beobachtenden steigenden Wahlbeteiligungen auch
13 müssen.

14
15 Stark waren wir besonders da, wo wir aktiv vor Ort sind. Dort, wo wir keine
16 Ortsverbände haben oder keine aktiven Mitglieder wohnen, haben wir deutlich
17 schwächer abgeschnitten. Die Präsenz von Abgeordneten in der Fläche zeigt in den
18 entsprechenden Orten auch Wirkung. Wir benötigen weiterhin jede Stimme, sowohl
19 aus dem berlinnahen Raum - als auch aus den weiter entfernten Regionen; sowohl
20 aus den Städten - als auch aus den ländlichen Gebieten. Wir wollen den
21 Parteaufbau fortsetzen, um vor Ort mit unseren Themen Präsenz zu zeigen und
22 Anlaufstellen und Ansprechpartner*innen zu bieten.

23
24 Darüber hinaus gilt es, die Potentiale, die Kleinstparteien aufgreifen, besser
25 zu erreichen. Insbesondere das starke Abschneiden der Tierschutzpartei sehen wir
26 als Alarmsignal, dass wir unser starkes Profil in diesem Bereich auch in diesem
27 Milieu besser zu Geltung bringen müssen. In den Regionen der
28 Lärmschutzbetroffenen rund um den BER haben wir bei der Bundestagswahl relativ
29 schwach abgeschnitten. Hier hat uns die unglückliche Kommunikation des Berliner
30 Senats rund um den Volksentscheid für die Offenhaltung des Flughafens Tegel
31 geschadet. Wir müssen weiterhin deutlich machen, dass wir mit der Begrenzung des
32 Flugverkehrs insgesamt eine gemeinsame Handlungsgrundlage mit den
33 Lärmbetroffenen und deren Initiativen haben. Hier gilt es, die Brandenburger
34 Interessen auch gegenüber Berlin deutlich zu machen.

35
36 Für die politische Landschaft war das Ergebnis der Bundestagswahl ein heftiger
37 Einschlag. Sowohl CDU und SPD als auch Linkspartei haben stark verloren, während
38 die AfD stark zugelegt hat. Da auch wir nur leicht zulegen konnten, haben alle
39 möglichen Regierungskonstellationen für Brandenburg in Summe verloren.
40 Allerdings unterscheiden die Wähler*innen in Brandenburg stark zwischen
41 Landtags- und Bundestagswahl, wie der Vergleich zwischen den Wahlen 2013 und
42 2014 zeigt. Die AfD-Ergebnisse sind alarmierend. Trotz positiver Entwicklungen
43 in ganz Brandenburg herrscht offenbar eine große Unzufriedenheit mit der
44 Politik. Der anhaltende Misserfolg der Gegenstrategien zeigt, dass es hier keine

45 einfachen Antworten gibt. Es gilt aber definitiv zwischen den Protagonist*innen
46 der AfD selbst und deren Wähler*innen und auch zwischen verschiedenen
47 Wähler*innengruppen zu unterscheiden. Die Protagonist*innen müssen wir für ihre
48 teils rassistische, nationalistische und auch neoliberale Politik möglichst
49 konkret angreifen und entlarven. Wir als Bündnisgrüne sehen uns selbst als
50 Gegenpol und werden auch so wahrgenommen. Zudem müssen wir dort, wo wir die
51 Möglichkeiten dazu bekommen, eine Politik gestalten, die der zunehmenden
52 Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in an der Gesellschaft Beteiligte
53 und sich ausgegrenzt Fühlende, in Veränderungsbefürworter*innen und deren
54 Gegner*innen, in Ost und West, in Stadt und Land uvm. entgegenwirkt.

55
56 Unsere Mitgliederzahlen steigen weiterhin leicht an und liegen inzwischen bei
57 1050 (Stand 15.10.2017). Das sind 50 mehr als noch vor einem Jahr. Wir gehören
58 zu den am stärksten wachsenden Landesverbänden. Es freut uns besonders, dass die
59 Grüne Jugend viele neue Mitglieder gewonnen hat, die sich auch im Wahlkampf und
60 in unserer Partei engagieren. Wir wollen weiter wachsen und uns im nächsten Jahr
61 wieder verstärkt auf den Parteaufbau konzentrieren. Es bleibt unser Ziel, den
62 Frauenanteil in unseren Reihen weiter zu erhöhen.

63 Regierungsbildung auf Bundesebene

64
65 Unsere Themenpalette Klima- & Energiepolitik, Landwirtschaft & Massentierhaltung,
66 Ausbau von Bus und Bahn, die sozialen Themen und unser Einsatz für ein
67 demokratisches und weltoffenes Brandenburg haben uns im Bundestagswahlkampf
68 getragen. Durch jahrelange hartnäckige Arbeit konnten wir Brandenburger Themen
69 wie den Kohleausstieg, Massentierhaltung und Kinderarmut fest in der
70 bundesweiten Programmatik verankern. Dies zeigt sich auch daran, dass sie in den
71 10-Punkte-Plan aufgenommen wurden. Dieser 10-Punkte-Plan ist die Grundlage für
72 Sondierungsgespräche und eventuelle Koalitionsverhandlungen. Diese Verhandlungen
73 begleiten wir von Anfang an konstruktiv-kritisch. Es ist klar, dass die
74 Voraussetzungen für eine Jamaika-Koalition nur dann gegeben sind, wenn es uns
75 gelingen wird, relevante bündnisgrüne Maßnahmen im ökologischen und sozialen
76 Bereich im Koalitionsvertrag genauso zu verankern wie Maßnahmen für eine
77 weltoffene Gesellschaft und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik. Darüber
78 hinaus gilt es die Brandenburger und ostdeutschen Belange, die nicht Teil des
79 10-Punkte-Plans sind, in die Verhandlungen einzubringen. Darunter fallen Punkte,
80 die nur den Osten mit seiner DDR-Vergangenheit betreffen und Punkte, die
81 bundesweit wichtig sind, Ostdeutschland aber besonders betreffen.

82
83 Wir Brandenburger Bündnisgrüne wollen gemeinsam mit den anderen ostdeutschen
84 Landesverbänden dafür kämpfen, dass die nächste Bundesregierung die deutsche
85 Einheit knapp dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution vollendet, in dem
86 sie endlich mit unterschiedlichen Maßstäben und Rechtssystemen in Ost und West
87 Schluss macht. Wir fordern eine finale Zusammenführung der Rentensysteme in Ost
88 und West noch innerhalb der nächsten Legislaturperiode. Darüber hinaus gilt es
89 sich den Härtefällen zu widmen, die dadurch entstanden sind, dass sich etliche
90 Regelungen aus dem DDR-Rentensystem nicht ohne weiteres in bundesdeutsches Recht
91 überführen ließen, z.B. den in der DDR geschiedenen Frauen. Die
92 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) wollen wir auflösen und die
93 verbliebenen Flächen entweder in Stiftungen oder in Eigentum der Länder
94 überführen sowie die Praxis des Verkaufs zum Höchstgebot beenden. Zudem muss das
95 DDR-Unrecht weiter aufgearbeitet werden. Wir kämpfen für den Fortbestand von

96 Außenstellen der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU), Stasi-Überprüfungen,
97 unbefristete Weitergeltung der Resozialisierungsgesetze, Härtefallregelungen
98 uvm.

99

100 Themen, die bundesweit gelten, aber für den Osten besondere Bedeutung haben,
101 resultieren v.a. aus demografischen Veränderungen und wirtschaftlichen Struktur-
102 und Finanzschwächen. Es muss gezielte Förderungen für Regionen mit
103 benachteiligter Infrastruktur und unverschuldet geringer Wertschöpfung geben.
104 Der Innovationsbereich scheint hierfür geeignet. Wenn wir den Kohleausstieg
105 erfolgreich in die Wege leiten wollen, müssen die betroffenen Regionen
106 unterstützt werden. In der Fläche ist eine Mindest-Daseinsversorgung z.B. beim
107 ÖPNV, bei Gesundheitsleistungen und Breitband bereitzustellen, damit Regionen
108 nicht abgehängt werden.

109

110 Armut nehmen wir nicht hin. Deshalb sind uns Kindergrundsicherung, Garantierente
111 und die Unterstützung von Alleinerziehenden besonders wichtig.

112 Sollten die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen erfolgreich
113 verlaufen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Mitglieder, die dieser
114 Koalition grundsätzlich kritisch gegenüberstehen, auf diesem Weg mitgenommen
115 werden. Es muss deutlich werden, was wir Grüne in dieser Koalition an wichtigen
116 Verbesserungen erzielen können, welche Verschlechterungen wir abwehren können,
117 dass wir unsere Identität als ökologische, soziale und weltoffene Partei nicht
118 verlieren.

119 Unsere Themen

120 Mit unserer Themenpalette haben wir uns inzwischen ein eigenständiges
121 Brandenburger Profil erarbeitet und sind mehr als der Brandenburger Teil des
122 Bundesverbandes. Dieses Profil gilt es in den nächsten Jahren weiter zu schärfen
123 und auszubauen. In den folgenden Politikfeldern sehen wir unsere Schwerpunkte
124 für die nächste Zeit.

125 Ökologisches Brandenburg

126

127 Durch Braunkohleabbau und -verfeuerung stoßen wir in Brandenburg pro Kopf mehr
128 CO² aus, als in allen anderen Bundesländern. Unsere Spree ist in zunehmendem
129 Maße mit Sulfat und Eisenocker belastet und unsere Stromnetze sind mit
130 überschüssigem Strom verstopft. Sowohl die Menschen, die in der
131 Braunkohleindustrie arbeiten und gut verdienen, als auch die von Umsiedlung
132 Bedrohten haben keine Planungssicherheit. Die rote Landesregierung gaukelt
133 den Menschen vor, Braunkohle würde noch Jahrzehnte abgebaut werden; Klima und
134 Energieziele derselben Landesregierung widersprechen sich. Wir werden weiter
135 gegen neue Tagebaue und für eine aktive Strukturpolitik in der Lausitz, für eine
136 dezentrale, naturverträgliche und partizipative Energiewende sowie für
137 Energieeinsparung kämpfen.

138

139 Immer noch werden Megaställe und Riesenschlachthöfe in Brandenburg errichtet und
140 erweitert- und das Ganze mit Steuermillionen unterstützt. Statt artgerechter
141 Haltung sind kupierte Schweineschwänze und abgeschliffene Hühnerschnäbel Alltag,
142 wird in miserablem Haltungsbereitungen von Puten investiert und das ganze System
143 nur mit überhöhten Antibiotikabgaben in skandalösen Größenordnungen
144 aufrechterhalten. Die Folge: Tiere leiden, das Grundwasser ist auch in

145 Brandenburg an vielen Stellen nitratverseucht, Keime werden
 146 antibiotikaresistent, Anwohner*innen stinkt's. Wir kämpfen für ein Ende der
 147 Massentierhaltung, für gesundes Essen aus regionaler, bäuerlicher und möglichst
 148 ökologischer Landwirtschaft ohne Gentechnik, Pestizide und Tierleid.

149
 150 Mit großer Sorge sehen wir das dramatische Verschwinden von Insekten und vieler
 151 Vögel der Agrarlandschaft. Die vielfältigen Ursachen dafür, vom übermäßigen
 152 Pestizideinsatz bis zur ungebremsten Inanspruchnahme von Flächen, wollen wir so
 153 schnell es geht beseitigen.

154
 155 Menschen ohne Auto haben in Brandenburg oft ein Problem. Busse und Bahnen fahren
 156 zu selten, zu schlecht getaktet und zu wenig abgestimmt. Querverbindungen
 157 zwischen den auf Berlin abgestimmten Radialen fehlen meist völlig. Radfahrende
 158 finden schlechte Wege, schlechte Abstellmöglichkeiten und wenig Kapazitäten zur
 159 Mitnahme im ÖPNV vor. Wir kämpfen für einen Ausbau von Bus und Bahn. Dazu werden
 160 wir unser grünes länderübergreifendes Schienen-Zielnetz von 2007 in enger
 161 Abstimmung mit unseren Berliner Parteifreunden überarbeiten und weiter für den
 162 Aufbau landesbedeutsamer Buslinien kämpfen. Die Praxis, dass die vom Bund
 163 bereitgestellten Regionalisierungsmittel zum Teil zweckentfremdet werden, wollen
 164 wir beenden.

165 Wir kämpfen für besserer Rad-Infrastruktur zum Fahren, Abstellen und Mitnehmen.
 166 Mobilität in Brandenburg fahrradfreundlich zu gestalten und den Anteil des
 167 Radverkehrs am Gesamtverkehr zu erhöhen, ist uns ein zentrales Anliegen. Den
 168 Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsträgern wollen wir durch bessere
 169 Vernetzung, Radfahrmithnahme und Tarifverbände, für ÖPNV, Leihräder und
 170 Carsharing verbessern.

171
 172 Mit Tegel verfügt die Region über einen innerstädtischen Flughafen, der heute so
 173 kaum noch genehmigt würde. Doch auch der BER wurde am falschen Standort geplant.
 174 Viele Menschen sind von Lärm und Flugabgasen betroffen, die immense Gesundheits-
 175 oder besser gesagt Krankheitskosten verursachen. In Solidarität zu allen Lärmg-
 176 und Abgas-Geplagten wollen wir Tegel schließen. Den BER wollen wir in ein
 177 ostdeutsches Flughafenkonzept integrieren, um die Lasten sinnvoll zu verteilen.
 178 Der BER selbst benötigt eine Beschränkung auf zwei Bahnen und 360.000
 179 Flugbewegungen, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und kostendeckende
 180 Gebühren. Die Lärmbetroffenen benötigen konkrete Lärmschutzmaßnahmen und bis
 181 dahin eine Lärmrente, statt einer 30 Prozent-Entschädigung für die
 182 Grundstückseigentümer*innen. Die Flugabgasbetroffenen benötigen amtliche
 183 Ultrafeinstaubmessungen, um eine Grundlage für Studien zu schaffen, die für die
 184 Festlegung von Grenzwerten notwendig sind.

185 Solidarisches Brandenburg

186 Sorgen um die Zukunft treiben viele Menschen in Brandenburg um. Die Schere
 187 zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, besonders Kinder und
 188 ältere Menschen sind von Armut bedroht. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt
 189 stärken, Armut bekämpfen und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen.

190 Aktuell droht in Brandenburg ein akuter Hebammenmangel. Geburtsstationen sind
 191 unterbesetzt und Familien finden keine Hebamme für die Zeit vor und nach der
 192 Geburt. Wir setzen uns für mehr Ausbildungsplätze, eine bessere Bezahlung und
 193 eine 1:1 Betreuung in wesentlichen Phasen der Geburt ein. Jedes Kind hat das
 194 Recht auf einen guten Start ins Leben.

195 Brandenburg belegt bei den Ausgaben für Kitas im Ländervergleich nach wie vor
196 einen Schlussplatz und die Erzieherinnen und Erzieher haben viel zu wenig Zeit
197 für jedes einzelne Kind. Das wollen wir ändern. Wir wollen deutlich mehr Geld in
198 die Kitas investieren, die Betreuungsschlüssel weiter verbessern, in die
199 Beitragsfreiheit einsteigen und den Erzieher*innenberuf aufwerten. In den
200 Schulen fehlen Lehrkräfte, viel zu viel Unterricht fällt aus oder wird unter
201 ungünstigen Bedingungen vertreten, die Ergebnisse von Vergleichstests sind oft
202 ernüchternd und noch immer verlassen viele Jugendliche die Schule ohne
203 Abschluss. Wir setzen uns für guten Unterricht, mehr Lehrkräfte, bessere
204 Qualifikation von Seiteneinsteiger*innen und die Weiterentwicklung des Projektes
205 "Gemeinsames Lernen" ein. Wir streiten für innovative Lehrpläne und
206 zukunftsgerichtete Unterrichtskonzepte, die Digitalisierung, Nachhaltigkeit und
207 globale Gerechtigkeit nicht außer Acht lassen. Denn gute Bildung, Erziehung und
208 Betreuung für jedes Kind sind der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit in
209 der Zukunft.

210 Steigende Mieten und immer knapper werdender bezahlbarer Wohnraum belasten nicht
211 nur Potsdam und die Gemeinden in den Ballungsräumen rund um Berlin. Insbesondere
212 für Familien und Menschen mit geringen Einkommen, Studierende, Behinderte oder
213 Geflüchtete wird es immer schwieriger, Wohnungen zu finden. Deshalb wollen wir
214 den sozialen Wohnungsbau effektiver fördern und Bauprojekte und Genossenschaften
215 unterstützen, zum Beispiel bei der Vergabe von Baugrundstücken nach Konzept.

216 In Zeiten, in denen einige wieder ein rückwärtsgewandtes Frauen- und
217 Familienbild propagieren, stehen Frauen bei uns in der ersten Reihe. Wir
218 streiten konsequent für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die
219 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.
220 Außerdem wollen wir alle Formen familiären Zusammenlebens in ihrer Diversität
221 unterstützen sowie sicherstellen, dass Personen jeden Geschlechts, jeder
222 sexuellen Orientierung und Identität vor Diskriminierung geschützt und in ihren
223 individuellen Rechten gleichgestellt werden.

224 Die Zahl älterer Menschen wächst, gute Wohn- und Pflegeangebote sind überall in
225 Brandenburg nötig. Damit Menschen auch im Alter gut leben können, setzen wir uns
226 für gute Pflege vor Ort, den Ausbau ambulanter Wohn- und Pflegeformen, die
227 Aufwertung des Pflegeberufs und bessere Bedingungen für das Pflegepersonal ein.

228 Weltoffenes, demokratisches und freiheitliches Brandenburg

229 Brandenburg muss weltoffen bleiben. Slaw*innen, Deutsche, Hugenott*innen,
230 Schweizer*innen, Flam*innen und viele mehr haben durch Zuwanderung zur
231 Brandenburger Mischung beigetragen. In neuerer Zeit kommen Flüchtlinge aus
232 vielen Krisenregionen der Welt dazu. Integration von Zugewanderten ist nicht
233 einfach, bringt Herausforderungen mit sich und gelingt nicht von heute auf
234 morgen. Wir wollen die Herausforderungen angehen, statt sie nur zu
235 problematisieren. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus,
236 Homophobie, Frauendiskriminierung oder Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung
237 treten wir entschieden entgegen. Die durch die EU-Osterweiterung erreichte
238 mittige Lage in der EU wollen wir für Brandenburg nutzen und die Grenze zu Polen
239 durchlässiger machen, insbesondere durch den Ausbau von Polnischunterricht,
240 einen grenzüberschreitenden ÖPNV und den Ausbau des Wirtschaftsaustausches.

241 Wir leben in einer Zeit, in der wieder mehr über Politik gestritten wird, die
242 Wahlbeteiligung steigt und das Interesse an politischen Entscheidungen

243 insgesamt hoch ist. Bei der Weiterentwicklung der Demokratie ist in Brandenburg
244 seit der Ampelkoalition nach der Landesneugründung nicht viel passiert. Bei der
245 Mitbestimmung gehört unser Bundesland im Bundesvergleich zu den Schlusslichtern.
246 Wir wollen mehr Mitbestimmung u.a. durch Stärkung der direkte Demokratie und
247 eine Politik des Gehörtwerdens. Hier müssen auch Beteiligungsmöglichkeiten
248 junger Menschen durch beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente und Ähnlichem
249 gestärkt werden.

250 Durch ein Transparenzgesetz, Online-Beteiligungsverfahren und eine zielstrebige
251 Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen wollen wir den Staat näher an
252 Bürgerinnen heranrücken. Der Ausbau von Breitbandanschlüssen und Mobilfunk muss
253 für politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe endlich
254 systematisch angegangen werden. Dem Marktversagen in diesem Bereich wollen wir
255 mit der Verlegung von Glasfaser in jedem Dorf entgegenzutreten, am besten in einem
256 System öffentlicher Einrichtungen ähnlich der Stadtwerke.

257 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich auch in Brandenburg als DIE Partei der
258 Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur Sicherheitsdebatte prüfen wir nach drei
259 Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit.
260 Dabei setzen wir auf Prävention und gezielte Maßnahmen gegen Verdächtige, statt
261 auf anlasslose Überwachung aller. Investitionsbedarf sehen wir eher beim
262 Personal und deren Alltagsausstattung, als bei teurer technischer
263 Überwachungstechnik.

264

265 Trotz bestehender Zufriedenheit in den ländlichen Räumen, bereitet die
266 Entwicklung gerade in kleinen Gemeinden und Dörfern Sorge. Die Menschen dort
267 fühlen sich zurecht abgehängt. Durch Gebietsreformen haben sie ihre
268 Selbstbestimmung verloren, sind oft schlecht an den öffentlichen Verkehr
269 angebunden, verfügen kaum über soziale, gesundheitliche und kulturelle
270 Infrastruktur. Nur 16 Prozent der Menschen dort haben das Gefühl, ihre örtlichen
271 Interessen werden von der Landes- oder Kommunalpolitik wahrgenommen und
272 vertreten. Deshalb streiten wir für mehr Selbstbestimmung von Dörfern und
273 Ortsteilen, bspw. durch Ortsteilbudgets oder mehr Rechte für Ortsbeiräte.
274 Gleichzeitig wollen wir die Diskussion über eine Mindest-Daseinsvorsorge, u.a.
275 in den Bereichen ÖPNV, Gesundheit, Bildung und Internet, anstoßen.

276

277 Für eine Entlastung der Sicherheitsapparate sorgt auch ein Verzicht darauf,
278 alles über Gesetze und Verbote regeln zu wollen. Dafür steht für uns
279 exemplarisch das unzeitgemäße und wirkungsverkehrte Cannabisverbot, dass die
280 Sicherheitsapparate mit vielen eingestellten Verfahren belastet und der
281 komplexen Thematik nicht gerecht wird.